

Wiemeler Dampfbboot.

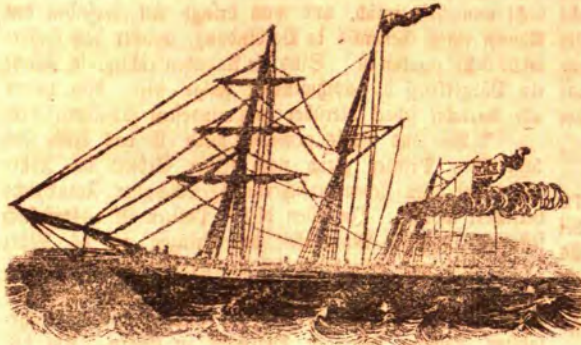
Nr. 44.

1874.

Sonnabend,

den 21. Februar.

Erscheint täglich Morgens
mit Ausnahme
der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen.



Vierteljährlicher Abonnements-Preis
pränumerando 1 Thlr.
mit Botenlohn sowie bei allen Post-
Anstalten 1 Thlr. 5 Sgr.

Anzeigen werden für den Raum
einer Corpus-Spaltheile von Abonnent-
ten mit 1 Sgr. 4 Pf., von Nicht-
Abonnenten und Auswärtigen mit
1 Sgr. 8 Pf. berechnet.
Reclamen pro 1-spaltige Zeile 2 Sgr.

Anzeigen, für die folgende Nummer be-
stimmt, sind spätestens bis Nach-
mittag 2 Uhr einzuliefern.
Belag-Exemplare kosten 1 Sgr.

Tagess-Chronik.

Den 21., Vorm. 11 1/2 Uhr, auf dem Magistrate
Verkauf einer silbernen Taschenuhr; Nachm. 4 Uhr, im
Britisch-Hotel Versammlung des landwirthschaftlichen Vereins.

Ungarische Misère.

Ein Blatt bemerkt vor Kurzem, daß es den Ungarn
nicht wohl sei, wenn sie nicht alle 4 Wochen eine Minister-
Crisis hätten. Sie haben nun in der That wieder eine,
deren äußerer Anlaß zu charakteristisch ist, für die „ritter-
liche Nation“ jenseits der Leitha, als daß seiner nicht
etwas ausführlichere Erwähnung gesehen sollte. Es
handelte sich um eines der Producte der bekannten lieber-
lichen ungarischen Finanzwirthschaft, die Ungarische Ost-
bahn, die nicht ausgeführt werden konnte, nachdem das
Geld der Aktionäre durch eine gewissenlose Verwaltung an
Englische Speculanten verschleudert worden war. Um das
Unternehmen wieder auf die Beine zu bringen, hatte der
Ministerpräsident Szlavy, der zugleich das Finanzportefeuille
versteht, mit auswärtigen Capitalmächten unter seiner per-
sönlichen Bürgschaft ein Abkommen getroffen, in Folge
dessen er als Vorkauf auf eine vom Parlament zu geneh-
migende Anleihe, die Mittel zur Fortsetzung des Baues
erhält. Als er aber die betreffende Vorlage in's Abge-
ordnetenhaus brachte, sagten die beiden Deputirten quod
non, und machten Wiene das Gesetz abzulehnen, und die
ausländischen Darleher mit dem Negref an die Mitglieder
des Ministeriums abzupfeifen. Diese Gaunerpolitik würde
vielleicht auch durchgeführt worden sein, wenn sich nur Jemand
gefunden hätte, mit solcher entehrenden Erblichkeit
die Nachfolge Szlavy's anzutreten. So war denn das
Abgeordnetenhaus schließlich so ehrlich, die Ostbahnvorlage
anzunehmen, indessen doch nur mit einer Majorität von
13 Stimmen, welche deutlich zeigt, auf wie schwachen
Füßen das gegenwärtige Cabinet steht.

Indessen war dieses, wie man sich erinnern wird,
schon bei seinem Amtsantritt nur für provisorisch betrachtet
worden, da der Zerfall der Deapartei schon damals ein
offenes Geheimniß war, also die compacte parlamentarische
Majorität fehlte, auf welche das Ministerium sich stützen
konnte. Dies kam bei mehreren Gelegenheiten zum Vor-
schein, und der oben erwähnte Fall ist weiter nichts, als
das jüngste der äußeren Symptome einer innerlich unhalt-
baren Lage. Wenn gleichwohl das Cabinet Szlavy bis-
her eben so wenig sterben als leben konnte, so liegt die
Ursache dieser Erscheinung eben darin, daß es, wie der
„Pester Lloyd“ klagt, unter allen ungarischen Parteiführern
nicht einen einzigen Mann giebt, der im Stande wäre,
ein Cabinet zu bilden, das sich einer größeren und verläss-
licheren Majorität zu erfreuen hätte. Koloman Tisza und
Ghyzy, sind in dieser Beziehung genau in der gleichen
Lage der Impotenz, wie Sennyey und Lonyay und Szlavy
selber. Unter solchen Umständen bleibt die Crisis, ob der
Letztere abtritt oder bleibt, natürlich in Permanenz, wenn
nicht vielleicht eine Reichstagsauflösung, eine neue parla-
mentarische Parteimischung herbeigeführt oder — da diese
Idee den jetzigen Mandatsinhabern nicht zu behagen
scheint — ein Coalitionsministerium, in dem Ghyzy und
Koloman Tisza Ploß finden, zu Stande kommt. Einst-
weilen verlegt man sich auf's Warten, bis der Kaiser von
Petersburg zurückkommt, und bis dahin sind alle Combina-
tionen möglich. Freilich kann auch der Kaiser die Sach-
lage nicht ändern, und so wäre es gar nicht unmöglich,
daß dann die Fortdauer des Provisoriums unter der
jetzigen Firma „Szlavy“ dennoch beschlossen würde.

Deutscher Reichstag.

7. Sitzung vom 18. Februar 1874.

Beginn der Sitzung 1 Uhr. Am Tisch des Bundes-
raths: Fürst Bismarck, Delbrück, v. Kamecke, v. Nitnacht
und viele Andere.

Die Commission zur Vorberathung des Reichsmilitär-
Gesetzentwurfs hat sich constituirt und gewählt zum Vor-

sitzenden v. Bennisgen, Stellvertreter Freiherr v. Hoyerbeck,
zu Schriftführern v. Minnigerode, Bernards, v. Putt-
lammer (Fraustadt.)

Der Gesetzentwurf, betreffend die Gewährung von
nachträglichen Vergütungen für Kriegseinstellungen der Ge-
meinden wird genehmigt.

Es folgt die 3. Berathung des Antrags des Abg.
Schulze-Delitzsch, betreffend die Gewährung von Diäten.

Abg. Ewald legt die Gründe seines jetzigen Bot-
tums für die Diäten dar unter großer Unaufmerksamkeit
des Hauses. — Der Gesetzentwurf wird darauf mit großer
Majorität angenommen.

Das Haus tritt darauf in die Berathung des An-
trags Leutich u. Gen.: Der Reichstag wolle beschließen,
daß die Bevölkerung Elsaß-Lothringens, welche, ohne dar-
über befragt worden zu sein, dem Deutschen Reiche durch
den Friedensvertrag von Frankfurt einverleibt worden ist,
sich speciell über diese Einverleibung auszusprechen be-
rufen werde.

Ein in der heutigen Sitzung ebenfalls von demselben
Abgeordneten eingebrachter Antrag, in der Discussion sich
der Französischen Sprache bedienen zu können, wird auf
Widerspruch des Abg. Braun heute nicht discutirt. Der
Präsident erklärt, daß er die Geschäftsordnung im vollsten
Maße aufrecht erhalten werde, und darnach nur gestatte,
Deutsch zu sprechen. Dann ertheilt er das Wort dem
Abg. Leutich. Derselbe verliest eine Deutsche Ueber-
setzung seines in Französischer Sprache abgefaßten Protestes.
Der Abgeordnete wird gleich zu Anfang seiner Rede vom
Präsidenten zur Ordnung gerufen, weil er auf der Tribüne
des Deutschen Reichstages ausgesprochen, das Deutsche Volk
sei über die Grenzen seiner gebildeten Nation hinausge-
gangen. Der Abg. Leutich erklärt, daß ihm jegliche Absicht
einer Beleidigung fern liege. Im Uebrigen könne das
Deutsche Reich Elsaß-Lothringen nicht annectiren wollen,
ohne daß eine freie Abstimmung des Volkes stattgefunden;
das habe sogar Napoleon III. gethan, der nie ein Volk
annectiren wollte, ohne freie Abstimmung desselben, (Schal-
lendens Gelächter im Hause) wenigstens der Schein sei
immer gewahrt worden. Sie seien hierher geschickt, um
die Zugehörigkeit zu Frankreich zu bezeugen. Die Gründe,
die Deutschland zur Annexion geltend gemacht, seien hin-
fällig. Man nenne sie Deutsche Brüder; er wisse nicht,
ob dies Scherz oder Spott sein sollte, sie seien Franzosen.
Das Recht der Eroberung sei ein Recht des Mittelalters
gewesen; hätte man Frankreich nicht zerstückelt, so hätte das
Deutsche Reich sich die Sympathien der ganzen Welt und
auch des besiegten Feindes erworben; jetzt drohten nur
Kriege und immer wieder Kriege. Geben Sie uns jetzt
das Recht, über uns selbst zu entscheiden, so wollen wir
alles vergessen, was wir in den letzten drei Jahren erlit-
ten haben.

Abg. Bischof Raef erklärt, daß die Angehörigen
seiner Confession durchaus nicht die Absicht hätten, den
Vertrag von Frankfurt in Frage zu stellen.

Die Discussion wird geschlossen.
Abg. Leutich ruft aus, sie würden sich auf Gott
und auf Europa verlassen.

Bei der Abstimmung über den Antrag stimmen dar-
für die Socialdemokraten, die Polen und der Däne Krug-
ger; die Antragsteller selber erheben sich nicht, wahrschein-
lich weil sie die Fragestellung nicht verstanden haben.

Abg. v. Kiegolewski verlangt deswegen eine noch-
malige Abstimmung, wird jedoch vom Präsidenten zurück-
gewiesen unter Hinweis auf die Geschäftsordnung. — Die
Elsaß-Lothringischen Abgeordneten verlassen hierauf den Saal.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs über
den Impfwang. Minister Häußler leitet die Debatte mit
einigen Bemerkungen ein, bleibt aber wegen der im Hause
herrschenden Unruhe völlig unverständlich.

Abg. Dr. Voewe erklärt sich vollkommen einver-
standen mit dem Impfwang, da er unstreitig eine
Sicherheit gegen die Ansteckung gewähre. Der Abg. er-

läutert in eingehender Rede im Einzelnen die Nothwendig-
keit der Vaccination und der Revaccination an der Hand
statistischer Nachweise, widerlegt auch die Gründe derjenigen,
die sich gegen den Impfwang feindlich erwiesen, namentlich
sei die Gefahr einer Uebertragung von ansteckenden Krank-
heiten eine sehr geringe, wie von den Medicinalcommissionen
aller Länder nachgewiesen sei. Im Uebrigen gälte er die
Ueberweisung an eine Commission nicht für nöthig, eine
freie Commission werde genügen.

Abg. Reichensperger (Erfeld) warnt davor, in
dieser Frage wo, wie der Abg. Voewe selbst zugegeben, eine
so große, so eifrige und so laute Opposition herrsche, einen
zu schnellen und oberflächlichen Beschluß zu fassen, zumal
auf Seiten dieser Opposition doch sehr gewichtige medici-
nische Capacitäten ständen, daher beantrage er die Verweisung
an eine Commission von 14 Mitgliedern.

Abg. Meiners (Socialdemocrat) bemerkt, daß es
wunderbar erscheinen möge, wie er, ein einfacher Arbeiter,
das Wort in einer Frage ergreife, wo die Sachmänner nur
competent seien. Doch es handle sich hier um die Ansichten,
die darüber unter den arbeitenden Klassen herrschen, und
seine Freunde und er seien auch nur bereit, einen staatlichen
Zwang zuzustimmen, wenn dadurch eine wahre Volkswohl-
that eingeführt werde. Der Redner geht die einzelnen Gründe
durch, auf welche sich die Vorlage stützt, und weist die Un-
sicherheit und Unhaltbarkeit namentlich der Statistik und
Praxis hierbei nach. Im Uebrigen schütze doch auch der
Doctortitel nicht vor Dummheit, und dem Urtheil der-
selben stehe entgegen die Erfahrung der möglichen Ueber-
tragung von syphilitischen und scrophulösen Krankheiten.
Für die reichen Klassen sei die Gefahr einer Ansteckung
allerdings gering, die könnten sich von ihrem Hausarzt
impfen lassen, die Armen jedoch müßten in die Impfställe
gehen, und vielleicht würden ihre Kinder dabei nur zu Ex-
perimenten dienen. Der Redner ergeht sich in Seiten-
bemerkungen über hartherzige Aerzte und dergleichen. Gerade
in den Kellerwohnungen der Armen, wo viele Menschen
zusammengebrängt seien, wäre die Gefahr einer Ansteckung
von Pocken und Blatternkrankheiten die größte. Die vielen
Kinder der Armen starben nicht, weil sie nicht geimpft sind,
sondern weil sie nur schlecht ernährt werden können, weil
sie schon früh in Fabriken arbeiten müssen; viel besser wäre
es, wenn man öffentliche Wasch- und Badeanstalten ein-
richtete, damit würde man dem Volke eine wirkliche Wohl-
that erweisen.

Abg. Dr. Zinn spricht für die Vorlage, will jedoch
im Fall einer Commission die Zahl auf 21 erhöht wissen.

Die Discussion wird darauf geschlossen. Die 2. Be-
rathung findet im Plenum statt.

Um 3 1/2 Uhr wird die Sitzung geschlossen. Nächste
Sitzung Donnerstag 12 Uhr. Tagesordnung: 1. Berathung
des Gesetzentwurfs betr. einige Abänderungen der Gewerbe-
ordnung; 1. und 2. Berathung des Gesetzentwurfs betr.
die einer besonderen Genehmigung bedürftigen gewerblichen
Anlagen.

Deutsches Reich.

Δ Berlin, 18. Februar. (Zur Situation.)

Nachdem heute im Reichstage zur dritten Lesung des
Schulze'schen Diätengesetzentwurfs nur der Abgeordnete
Dr. Ewald für denselben gesprochen, und das Haus den
Entwurf mit großer Majorität gut geheßen hatte, gelangte
der schon bekannte Elsaß-Lothringische Antrag auf Herbei-
führung eines Plebiszits zur Discussion. Es war zu die-
ser Verhandlung eine so große Menge Neugieriger herbei-
geströmt, daß schon lange vor Beginn der Sitzung alle
Plätze auf den Tribünen dicht besetzt waren. Der Reichs-
kanzler Fürst Bismarck conferirte mit dem Präsidenten von
Fordenbeck, während das Haus sich füllte. Die Berathung
beginnt mit der Verlesung des Antrages durch einen der
Schriftführer und das Wort erhält der Abg. Leutich.
(Das Weitere siehe die Reichstagsverhandlungen.) Abg.
Bischof Raef tritt nach Leutich die Tribüne. Nur ein

paar Worte sprach er, die mit großem Beifall aufgenommen wurden: „Meines Glaubensgenossen sind nicht gemeint, von dem Frieden von Frankfurt abzuleben zu wollen!“ Damit war der Bruch unter den Elsaß-Lothringern constatirt. Es meldete sich Niemand weiter zum Wort und das Haus schritt zur Abstimmung. Für den Antrag erhoben sich Leutich, Gürber, Ewald, Sonnemann, die Social-Demokraten und die Polen. Der Abg. Niegolewski bemerkte, die Elsaß-Lothringer hätten wahrscheinlich nicht verstanden, um was es sich handelt, und deshalb empfahl sich eine Wiederaufnahme der Discussion, allein Jordanbeck ließ diesen Einwand nicht gelten. Die Sache war damit abgethan. Das Haus befand sich noch nachher lange in in großer Aufregung.

Rußland.

* In Rußland sind im Laufe des Jahres 1873 2491 Werst Eisenbahnen neu hinzugekommen, so daß bei Schluß desselben 15,708 Werst im Betriebe waren. Es wurden neu eröffnet: auf der Dnepr-Linie die Strecke von Kichinew bis Ungen am Pruth; — auf der Bahn Kiew-Brest-Litowsk, die Strecke von Verduschew bis Brest-Litowsk und von der Station Schobunowo bis Nadsiwilow an der Oesterreichischen Grenze; — Die Brest-Grajewo-Bahn; — Die Bahn Landwarowo-Komny bis Somel; — Die Bahn Snamenta-Nikolajew und schließlich auf der Bahn Losowaja-Sewastopol, die Strecke Losowaja-Alexandrowsk und die Zweigbahn bis nach Jekaterinoflaw. — Rußland hat somit jetzt folgende Hauptlinien für einen Transport nach Westen zur Disposition. 1) Petersburg-Warschau, 2) Nijn-Novgorod-Moskau-Brest-Litowsk-Warschau, 3) Moskau-Kursk-Zmiatinka, 4) Charkow-Balta. — In transoersaler Richtung werden dieselben durch die Linien — 1) Petersburg-Moskau-Kostow, welche Zweige nach Rybinsk, Wologda, Tjoma (in Bau begriffen), Scharatow und Barzjyn in östlicher Richtung entlehnt, 2) Moskau-Drel-Kursk-Charkow-Laganog (demnächst Zweig nach Sewastopol), 3. Grjasi-Drel-Smolensk-Dünoburg-Niga, 4) Rowny-Bobrinzk-Minsk-Wilna-Schawli-Libau, 5) Kasatin-Kowno-Brest-Litowsk-Bialostok-Grajewo, (mit Zweig nach Nadsiwilow zur Oesterreichischen Grenze,) 6) Dnepr-Zmiarinka-Belostschisk (mit Zweig nach dem Arzru) verbunden. Neben dem Ausbau des Eisenbahnnetzes wurde auch große Sorgfalt darauf gewandt dieselben militärisch nutzbar zu machen; neue Verordnungen über den Truppentransport auf Eisenbahnen, sowie neue Instruktionen für die den Truppentransport auf Eisenbahnen und Wasserwegen leitenden Offiziere wurden erlassen. Letztere sind Generalstabsoffiziere und zu genanntem Zwecke ständig schon im Frieden an den verschiedenen Linien stationirt. Zum Schluß fügen wir noch an, daß das Militärbudget pro 1873 140,510,700 Thlr. betrug. Erwägen wir dann daß dasselbe pro 1874 um 4,150,000 Thlr. erhöht ist, und das Budget im Jahre 1868 d. B. um 32,644,730 Thlr. übersteigt, so können wir uns nicht der Ueberzeugung verschließen, daß das Ende dieses Jahres vielleicht noch ganz andere Resultate in militärischer Beziehung für Rußland aufzuweisen haben wird. Was aber in der Folgezeit noch beabsichtigt wird, geht daraus hervor, daß bereits jetzt schon das Russische Kriegsministerium für die Jahre 1875 bis 1878 einen um je 8,300,000 Thlr. erhöhten Credit erhalten hat. In diesen 4 Jahren beträgt das Militäretat nämlich pro Jahr 148,810,700 Thlr.

Frankreich.

** [Die Bonapartisten]. Der Pariser Correspondent der „Times“ bespricht den Brief Rouhers und führt dabei aus: „Der Brief Herrn Rouhers hat allgemeine Aufmerksamkeit erregt und wird in allen Journalen besprochen. Sein zweideutiger Inhalt erfährt die verschiedensten Interpretationen. Die allgemeine Ansicht macht sich geltend, daß er auf überraschende Ereignisse vorbereiten soll. Ungebild und Kühnheit sind der imperialistischen Partei charakteristisch. Wenn ein Mann wie Rouher, der der Bedeutendste der ganzen Partei ist, in einem zur Veröffentlichung bestimmten Briefe schreibt, daß unvorhergesehene und verschiedene Ereignisse das Septennat abkürzen können, daß dasselbe begrenzt und ephemer ist, so darf man sich nicht wundern, wenn das Volk schon am Horizont neue schwarze Wolken aufstauen sieht. Wenn wir aber daran denken, wie wenig Stützen des Kaiserreichs in der Nationalversammlung sind, wie wenig deren Zahl durch die letzten Wahlen verhärtet ist, und welches Unglück dasselbe über Frankreich gebracht hat, so finden wir, daß diesem Briefe eine ungerechtfertigte Beachtung zu Theil wird. Es scheint, daß das Volk, welches den abenteuerlichen Character der Bonapartisten kennt, in Unruhe darüber ist, welche Pläne bereits zu einem coup de main gefaßt sein können. Der Erfolg im Pas de Calais und in der Charente inferieure hat die Partei so freudig gestimmt, daß sie bereits an ihren künftigen Triumph glaubt. Wie derselbe in Scene gesetzt werden soll, ist noch Geheimniß. Ob man eine Landung wie die des dritten Napoleon oder ein nach Spanischem Muster beliebtes Pronunciamento in Scene setzen wird? „Wo werden die Adler jetzt fett gemacht! zu Boulogne oder Sedan? ruft die „Presse“ aus, und wo ist der General Pavia für Frankreich?“ — Doch der Brief Rouhers kann

nicht umsonst zwei Tage lang die Spalten der Französischen Zeitungen gefüllt haben. Ereignisse, welche sich mit der gewöhnlichen Logik und dem gefunden Sinne nicht immer vertragen, sind doch in Frankreich möglich. Einige der Norddepartements sind mit bonapartistischen Elementen angefüllt. Der Tag der Großjährigkeit des Kaiserlichen Prinzen rückt heran und da soll irgend etwas zusammengebaut werden. Eine militärische Intervention scheint Manchem nicht unwahrscheinlich, und man bringt mit derselben den Namen eines Generals in Verbindung, welcher dem Kaiserreiche sehr ergeben ist. Sind die Angaben richtig, so würde ein Bürgerkrieg die notwendige Folge sein. Wir halten alle Gerüchte jedoch hierüber zum mindesten für übertrieben. * Wie aus Paris gemeldet wird, ist das Leben des kaiserlichen Prinzen gleich seiner Geburt im Jahre 1856 bei allen Lebensversicherungsgesellschaften Frankreichs versichert worden. In allen diesen Policen ist ausdrücklich festgelegt, daß die Mündigkeit des Prinzen am 16. März 1874, also mit vollendetem 18. Lebensjahre eintreten sollte, um ihm zu diesem Zeitpunkte die Auszahlung eines beträchtlichen im Verhältnis mit der bei der Geburt eingezahlten Summe stehenden Betrages zu sichern. Am 16. März werden daher sämtliche Versicherungsgesellschaften ihre Verbindlichkeiten zu lösen und dem kaiserlichen Prinzen einen Betrag auszusahlen haben, welcher mehrere Millionen Francs beträgt.

England.

** [Das neue Englische Parlament.] Wenn auch die Neuwahlen in England eine größere Veränderung in der politischen Parteistellung herbeigeführt haben, als dies seit 1841 der Fall gewesen ist, so hat das Personal des Hauses der Gemeinen keine so große Veränderung erlitten, wie im Jahre 1868. Damals traten 228 neue Mitglieder in das Haus ein. Jetzt vorausgesetzt, daß in den noch fehlenden 5 Bezirken Irlands die alten Deputirten wiedergewählt werden, hat die Parliamentsauflösung 212 neue Mitglieder dem Hause zugeführt, und zwar aus England 148, Schottland 45, und Irland 39. Die große Zahl von Irland findet ihren Grund in der Home Null Agitation und in der Zwiebrucht der dortigen Parteien. Die Mitglieder der Regierung sind ganz besonders unglücklich gewesen, nicht weniger denn sechs von denselben haben ihre Sitze verloren. Ganz besonders auffallend ist es, daß nur so wenig Wahlen ohne einen Gegencandidaten stattfanden. Im Jahre 1865 kehrten 303 Mitglieder ohne ihnen entgegengesetzte Opposition in das Haus zurück, 1868 nur 211 und 1874 sogar nur 143. Die conservative Reaction hat sich zwar in allen Theilen des Königreichs bemerkbar gemacht, aber in einigen Strichen doch mehr, als in anderen. So haben die Liberalen in Lancashire, Duffer, Widdler, Essex und Suffolk viele ihrer früher innegehabten Sitze verloren, während sie in Durham einige gewonnen. Das neue Parlament wird nun folgende Parteistellung haben: England und Wales: Städte; 160 Liberale, 142 Conservative, England und Wales: Land: 33 Lib. 1554 Conf. Schottland: Städte: 24 Lib. 4. Conf. Schottland: Land: 17 Lib. 15 Conf. Irland: Städte: 26 Lib. 13 Conf. Irland: Land: 39 Lib. 25 Conf. In Summa 299 Liberale, 353 Conservative. * In den vereinigten Königreichen von Großbritannien werden im Ganzen 1585 Zeitungen veröffentlicht, davon in London 314, in den Provinzen Englands 915, in Wales 58, in Schottland 149, in Irland 131, auf den Britischen Inseln 18. Von diesen erscheinen als tägliche Blätter 95 in England, 2 in Wales, 14 in Schottland, 17 in Irland und 2 auf den Britischen Inseln. Im Jahre 1854 wurden nur 624 Zeitungen herausgegeben, von denen nur täglich 20 erschienen. Die Englische Presse hat somit in den letzten zwanzig Jahren sehr an Ausbreitung gewonnen. Magazine werden 639 herausgegeben, von denen 242 einen ausschließlich religiösen Character haben.

Spanien.

* In Madrid scheint man in diesem Augenblick daran zu denken, aus dem Provisorium herauszugehen und die Republik als definitives Regierungsprincip zu erklären. Der Marschall Serrano soll nach einem Plebisit Präsident der Republik werden und Herr Castelar soll die Präsidenschaft des Staatsraths übernehmen. Wenigstens wird viel von diesem Project gesprochen und in den einzelnen Journalen tauchen Artikel darüber wie ballons d'essai auf. So erklärt das Journal „El Order“ vom 11. Februar in einem Artikel, daß die Regierung des Herzogs de la Torre nicht mehr so fort existiren könne, ohne einheitlichen Plan, ohne Methode und ohne legalen Titel. Es verlangt, daß man eine bestimmte politische Ordnung herstelle und es zeigt sich einem Wechsel in den Ministerpersönlichkeiten, einer Consolidation der Republik und einem Plebisit günstig. Da Pressfreiheit in Madrid nicht existirt, so muß man annehmen, daß dieser Artikel von der Regierung des Marschalls Serrano direct inspirirt ist.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 18. Februar. Die Elsaß-Lothringer verließen heute frühzeitig Berlin. Nur bei wichtigen Bestimmungen kommen sie wieder in den Reichstag.

Berlin, 19. Februar. [Reichstag] Vor der Tagesordnung erklärt der Elsaß-Lothringische Abgeordnete Bouquet: Ich protestire gegen das Protokoll der gestrigen Sitzung, worin gesagt ist, der Straßburger Bischof Nitz habe im Namen seiner Glaubensgenossen gesprochen. Ward dies gesagt, so haben wir es nicht gehört. Ich bin in der Lage zu erklären, daß der Bischof in seinem eigenen Namen, nicht im Namen der katholischen Abgeordneten Elsaß-Lothringens gesprochen hat. Es folgt die Gewerbeordnungsnovelle.

Schwerin, 18. Februar. Die Landtagsversammlung beschloß, den Comitébericht über das Verfassungswerk nebst den gefaßten Beschlüssen den Regierungskommissaren zu übergeben. Der Antrag, die Weiterberathung der Grundzüge auszusetzen, wurde bei erfolgter Abstimmung abgelehnt.

Paris, 19. Februar. Die Delegirtenversammlung der Republikaner im Departement Venduse stellte Ledru Rollin als Candidaten für die Nationalversammlung auf. Die Organe der gemäßigten Linken mißbilligen diese Candidatur.

London, 19. Februar. Die officielle Liste des Ministeriums Disraeli wird nicht vor morgen veröffentlicht, aber der Eintritt Derby's, des Marquis v. Salisbury, des Herzogs von Richmond, Lord Cairns's, Gathorne's, Harb's, Hunt's, Sir Stafford's und Northcot's gilt als gewiß. Lord George Hamilton ist als Unterstaatssekretär des Auswärtigen designirt. — Dem „Daily Telegraph“ zufolge würde Gladstone aus Gesundheitsrücksichten die Leitung der liberalen Partei aufgeben und sich nur an den erheblichsten Debatten betheiligen. — Der König der Aethiopia nahm die ihm auferlegte Kriegskostenentschädigung von 200,000 Pfund Sterling an.

Bern, 18. Februar. Den Pfarrern der Französischen Grenzorte ist die Abhaltung des Gottesdienstes im Jura an Stelle der ausgewiesenen Geistlichen bei Strafe der Verhaftung untersagt worden.

Haag, 18. Februar. Die Sitzungen der zweiten Kammer haben heute wieder begonnen. Der Deputirte Gratama beantragte, eine Adresse an den König zu erlassen und in derselben den Führern des Landesheroes und der Marine den Dank der Nation für die von ihnen während des Feldzuges in Achin bewiesene Hingebung und Tapferkeit auszusprechen. Die Berathung des Antrages findet nächsten Montag statt.

— Vom Kriegsschauplatz in Achin ist von dem Oberbefehlshaber der Holländischen Truppen folgendes Telegramm vom 14. d. hier eingetroffen: Wir haben am 12. Februar ein Fort erobert, welches der Aachinische Führer Loukonanta gegen unseren Verbündeten Loekoenan erwidert hatte. Unser Verlust bestanden in 3 Todten und 13 Verwundeten. Diese Operation hatte sowohl einen politischen wie strategischen Zweck. Loukonanta befindet sich auf der Flucht. — Die Cholera ist bei unseren Truppen im Abnehmen.

Constantinopel, 18. Februar. Edhen Pascha (Mitglied des Staatsraths) ist zum Minister für die öffentlichen Arbeiten, und der bisherige Arbeitsminister Zsmall Pascha zum Präfekten von Constantinopel ernannt worden.

Provinzielles.

≈ Königsberg, 18. Februar. Die städtische Wasserleitung und die neue Kaufmannsbörse waren die großartigsten und kostspieligsten Königsberger Bauten der Neuzeit, und sie sind es beide noch und zum Theil von monumentaler Bedeutung. Die von Stein und im Prachtstil errichtete Börse, die schon jetzt einen imposanten Eindruck macht, wird, wenn sie fertig ist, die Kosten summe von einer halben Million verschlingen haben. Im Hinblick auf den riesigen, durch die Russisch-Deutschen Eisenbahnen und erwachsenen Handelsverkehr ist dies großartige Werkstück zu der rechten Zeit gekommen, einer Haupt- und Handelsstadt wie Königsberg würdig. Ruffell äußerte einst im Englischen Parlament: Königsberg wird durch seinen im Sommer wie im Winter stets offenen Pillauer Hafen dereinstens Weltstadt werden. Wir sind jetzt nahe daran, wenn die Königl. Dsbahn uns durch ihre bebauenswerthe Mangelhaftigkeit nicht gar so viele Hindernisse bereitere. Die Wasserleitung kostet schon bald zwei Millionen und läßt uns immer auch noch auf ihre Vollendung warten. Nicht geringe Sensation machte in unserer letzten Stadtverordneten-Versammlung ein vom Magistrat gestellter Antrag: von einer von ihm selbst festgestellten Conventionalstrafe gegen die Lieferanten Marcus Cohn hier und Müller und Schreiber in Berlin, wegen mehr als zwei Monat zu spät gelieferter eiserner Wasserrohren Abstand zu nehmen! — Die Ausgabe von wenigen tausend Thalern für notwendige Straßenerweiterungen überstieg nach Ansicht des Magistrats die finanziellen Kräfte der Stadt (!) und 16,600 Thlr. will er nun in Gnaden erlassen! Daß dabei irgend etwas faul ist im Staate Dänemark, indem man fortwährend über finanzielle Commune-Belastungen klagt, dürfte sich u. A. auch daraus ergeben, daß in der Stadtverordneten-Versammlung am 10. d. in welcher dieser Gegenstand verhandelt, die Oeffentlichkeit auszuschließen (!) im Antrage versagt wurde. Auf des Stadtverordneten Dr. Joh. Jakoby Antrag wurde die Sache vertagt, bis wohin es möglich sein werde, den wirklichen Schaden, den die Stadt erlitten, durch Zahlen auszudrücken. — Der Stadtverordnete Professor Dr. Möller interpellirte wegen der vom Abgeordnetenhaus im Etat pro 1874 ausgesetzten Summe von 47,000 Thlr. für Fortbildungsschulen. Der Abg. Kieckse, so bemerkte der Magistrat, läßt sich dahin aus, daß diese Gelder vorzugsweise solchen Communen gegeben werden sollen, welche den Unterricht in diesen Schulen als obligatorisch eingeführt haben. Ob es der Commune Königsberg würdig sei, ein paar hundert Thaler aus der Staatskasse zu erbitten, stelle

Rechnungs-Abschluss

der
Memeler Actien-Brauerei & Destillation pro 1873.

Debet.

Balance-Conto.

Credit.

	Thlr.	fg.	pf.		Thlr.	fg.	pf.		Thlr.	fg.	pf.		Thlr.	fg.	pf.
Decbr. 31. An Grundstücke-Conto: Buchwerth am 1. Januar 1873 dazu: Neubau eines Gähr- und Lagerraums Unterhaltungskosten, Abgaben, Affe- curanz etc., abzüglich 1187 Thlr. 20 Sgr. 6 Pf. eingegangene Miethe	147607	15	—	—	—	—	—								
ab: ca 3% Abschreibung	4794	13	7												
	1059	—	6												
	153460	29	1												
	4460	29	1		149000	—	—								
- Fuhrwerks-Conto: Buchwerth am 1. Januar 1873 Futterbestände	2394	—	—												
ab: ca. 40% Abschreibung von 2394 Thlr.	526	20	—												
	2920	20	—												
	946	20	—												
dazu: Futterbestände ult. 1873	1974	—	—						2700	—	—				
	726	—	—												
- Inventarium- und Utensilien-Conto: Buchwerth am 1. Januar 1873 ab: ca. 28% Abschreibung	26197	15	—												
	7491	1	1												
	18706	13	11												
	3293	16	1		22000	—	—								
dazu: Neuanschaffungen	4400	—	—												
- Beffel-Conto	1676	23	5												
- Cassa-Conto	3737	25	8												
- Diverse Debitores	18600	—	—												
- Destillations-Conto	63000	—	—												
- Brau-Conto															
Bestände laut Inventur	265114	19	1												
					265114	19	1								

Decbr. 31. Per Actien-Conto									150000	—	—
- Hypotheken-Conto									70000	—	—
- Reservefonds-Conto									6378	26	11
- Diverse Creditores									16002	2	1
- Accepten-Conto									7126	7	—
- Dividenden-Conto:											
12% von 150000 Thlr.	18000	—	—								
ab: bereits à Conto gezahlte	5960	—	—						12040	—	—
- Tantième-Conto									3400	—	—
- Gewinn- und Verlust-Conto									167	13	1

Debet.

Gewinn- und Verlust-Conto.

Credit.

	Thlr.	fg.	pf.		Thlr.	fg.	pf.		Thlr.	fg.	pf.
Decbr. 31. An Abschreibungen, auf:											
1) Grundstücke-Conto, wie oben	946	20	—		4460	29	1				
2) Fuhrwerks-Conto, und Unterhaltungskosten	4151	29	11		5098	19	11				
3) Inventarium- u. Utensilien-Conto, wie oben					7491	1	1				
4) Conto pro Diverse: für uneinziehbare Forderungen					283	2	9				
- Handlungs-Unkosten-Conto					11575	10	9				
- Zinsen-Conto					3499	15	8				
					32408	19	3				
					26007	25	3				
bleibt Reingewinn											
Dieser Reingewinn von	26007	25	3								
vertheilt sich wie folgt:											
a) 10% zum Reservefonds Thlr. 2607. 25. 3											
b) 10% Dividende von 150000 Thlr. = 15000 — —	17607	25	3								
bleiben	8400	—	—								
Davon:											
Gratificationen an das Ge- schäfts-Personal Thlr. 400. — —											
zur Verstärkung des Re- servefonds = 2000. — —	2400	—	—								
bleiben	6000	—	—								
Hier von:											
2% Superdividende von 150000 Thlr. = 3000. — —											
10% an den Director = 600. — —											
40% = Aufsichtsrath = 2400. — —	6000	—	—								
					58416	14	6				
					58416	14	6				

Decbr. 31. Per Vortrag vom vorigen Jahre					165	13	1				
auf abgeschriebene Forderung eingegangene					2	—	—		167	13	1
- Brau-Conto									47958	2	10
- Destillations-Conto									10290	28	7

Memel, den 6. Februar 1874.

Die Richtigkeit obigen Rechnungs-Abschlusses erkennen wir hiermit an.

Der Aufsichtsrath.

Der Director.

Wm. Richter.

C. Fr. Zacher.

Franz Reincke.

F. R. Dittborn.

A. Strauss.

Zur Wäsche empfiehlt:

National-Dampfschiffs-Compagnie.

Engl. Seife, Waschcrystall, fein-fein Blau, Cölner Patent-
Stärke und Stärke-Glanz **D. Sudermann.**

Wöchentliche Expedition via
Hull-Liverpool nach

Amerika.

Magdeburger Sauer-Kohl
sehr billig offerirt **C. H. Engel.**

jeden Mittwoch früh von **Stettin** nach **New-York** event. auch jeden Freitag Abend von **Hamburg**
nach **New-York.**

Thorner Pfefferkuchen
alle Sorten, auch **Kochkuchen** empfiehlt
D. Sudermann.

für 40 Thaler
C. Messing-Berlin und **Stettin.**
Alles in Allem
insbesondere warme
Beköstigung.

Hasenfelle
werden zum höchsten Preise gekauft Louisenstraße No. 3
im Gutladen und Löpferstraße No. 4 im Hintergebäude bei
J. Mestlin.

Expeditions-Comptoir:
in **Berlin:** Französische-Strasse 28,
in **Stettin:** Grüne Schanze 1a. bei Herrn **R. Mügge.**

Beste Stralsunder
Spielkarten
empfiehlt **Ed. Schnée.**

Imitirten Schweizer- (Vereins)
Käse
ist zu verkaufen bei **A. Böhm**, Bäckermeister, D.-Bitte.
in bekannter vorzüglicher Qualität, bei Abnahme von gan-
zen Broden noch zum alten Fabrikpreise empfiehlt
C. H. Engel.
Druck und Verlag von **F. W. Siebert** in Memel.
Verantwortlicher Redacteur **Dr. Ralf** in Memel.
Beilage.

Beilage zu No. 43. des Memeler Dampfboots.

Sonnabend, den 21. Februar 1874.

Moltke's jüngste Rede.

In der Generaldebatte über das Reichs-Militärsgesetz hat Feldmarschall Graf von Moltke eine hochinteressante Rede gehalten; für uns von doppeltem Interesse, da Moltke doch nun unser Vertreter im Reichstage ist. Wir kommen übrigens morgen nochmals auf diese Rede zurück.

Nachdem der Abgeordnete Richter (Hagen) gegen den Gesetzesentwurf gesprochen hatte, nahm der Abgeordnete Graf v. Moltke das Wort:

Meine Herren! Von den mannigfachen Bedenken des Herrn Vorredners will ich vorweg nur eins berühren: Ich halte es geradezu für unmöglich, die Kriegsformation der Armee im Voraus festzustellen, da wir nicht im Voraus wissen können, ob wir nach einer oder nach zwei Seiten Front zu machen haben, da wir nicht wissen, ob wir, wie im Jahre 1864 mit nur einem Theile unserer Armee, oder wie im Jahre 1870 mit Aufbietung aller unserer Kräfte den Krieg zu führen haben, wo wir ganze Landwehr-Divisionen zu Etappenzwecken, für Belagerungen verwenden mußten, wo wir die ältesten Mannschaften der Heerespflichtigen in ganz neue Formationen zusammenstellen, die ausgeübten Gardes-du-Corps mit Infanterie-Regimenten bewaffnen mußten, um Hunderttausende von Gefangenen zu bewachen, wo wir im Laufe des Krieges die Zahl der Armeen und folglich auch ihre Zusammenlegung ändern mußten. Ich glaube, daß diese und viele andere Bedenken sich wohl in einer kommissarischen Berathung vollkommen klären werden.

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit vor Allem darauf richten, daß es sich schon bei dem § 1 des vorliegenden Gesetzesentwurfs darum handeln wird zu erwägen, ob künftig Deutschland die schweren Lasten zu tragen haben wird, welche bedingt werden durch eine Friedenspräsenz von 401,000 Mann. Meine Herren, es wird sich dabei um innere und äußere Verhältnisse handeln. Eine jede Regierung wird ihre Einnahmen verwenden müssen für die unabwieslichen Erfordernisse auf allen Gebieten des staatlichen Lebens, bevor sie an Ersparrnisse, an Schuldentilgung und zuletzt wohl erst an Steuererlässe denken kann. Nun ist aber doch das erste Bedürfnis eines Staates, zu existieren, sein Dasein nach außen gesichert zu sehen. Im Innern schützt ja das Gesetz, Recht und Freiheit des Einzelnen; nach außen, von Staat zu Staat, nur die Macht. Einem Tribunal des Völkerrechtes, wenn ein solches existierte, würde immer noch die vollstreckende Gewalt fehlen, und seine Ansprüche unterliegen schließlich der Entscheidung auf dem Schlachtfelde. Kleine Staaten können sich auf Neutralität auf internationale Garantien verlassen; ein großer Staat besteht nur durch sich selbst und aus eigener Kraft, er erfüllt den Zweck seines Daseins nur, wenn er entschlossen und gerüstet ist, sein Dasein, seine Freiheit und sein Recht zu behaupten; und ein Land wehrlos zu lassen, wäre das größte Verbrechen seiner Regierung. Der Wunsch, an den großen Summen, welche jährlich für das Militär verausgabt werden, zu sparen, sie dem Steuerpflichtigen zu erlassen, oder für Zwecke des Friedens zu verwenden, ist gewiß ein völlig gerechter. Wer würde sich dem nicht anschließen! Wer malt sich nicht gern aus, wie viel Gutes, Nützliches und Schönes dann geschaffen werden könnte! Aber vergessen dürfen wir dabei nicht, daß die Ersparrnisse am Militäretat aus einer langen Reihe von Jahren verloren gehen können in einem Kriegsjahr. Ich erinnere daran, was nach einem unglücklichen Feldzuge der Zeitabschnitt von 1808 bis 1812 unserm Lande gekostet hat. Dies waren Friedensjahre, waren Jahre, wo der Präsenzstand der Armee so gering, die Dienstdauer so kurz war, wie es nur irgendwo gefordert werden kann, — und doch durfte Kaiser Napoleon sich rühmen, aus dem damaligen kleinen und armen Preußen eine Milliarde herausgezogen zu haben. Wir sparten, weil wir mußten, an unserer Armee und zahlten zehnfach für eine fremde. Allerdings dürfen wir nicht übersehen, daß namentlich in den allerletzten Jahren die Regierung in dankenswerthester Weise neben den Militärausgaben auch sehr bedeutende Summen für Friedenszwecke bereitgestellt hat. Aber sie reichen nirgends aus; von allen Seiten wird mehr gefordert und muß mehr gefordert werden, und eben deshalb möchte ich meinen, daß wir überhaupt noch nicht so weit gekommen sind, Steuererlässe empfehlen zu können. Ich meine, daß Jeder, auch der Geringste, etwas für den Staat steuern muß, und wäre es auch nur, damit er nicht ganz vergift, daß es überhaupt einen Staat giebt, der für ihn sorgt, der ihn schützt, und den er zu schützen wieder berufen ist; — denn die größten Wohlthaten, die der Mensch umsonst hat, weiß er erfahrungsmäßig nicht zu schätzen. Wie soll der Staat auch auf seine Einnahmen verzichten, wenn auf allen Gebieten noch so viel zu leisten bleibt? Ich nenne Ihnen nur das der Schule, weil ich glaube, daß die Schule der Punkt ist, wo der Hebel eingesezt

werden muß, wenn wir uns gegen Gefahren schützen wollen, die, eben so sehr wie ein Angriff von außen, uns von innen drohen, aus sozialistischen und kommunistischen Bestrebungen, — Gefahren, welche, glaube ich, nur beseitigt werden können, neben sozialen Verbesserungen, durch eine größere und allgemeiner verbreitete Bildung. Die Schule meine Herren, nimmt nicht die ganze Jugend in sich auf und sie begleitet die Mehrzahl derselben nur auf einer verhältnismäßig kurzen Strecke ihres Lebensganges. Glücklicherweise tritt nun bei uns da, wo der eigentliche Unterricht aufhört, sehr bald die Erziehung ein, und keine Nation hat bis jetzt in ihrer Gesamtheit eine Erziehung genossen, wie die unsrige durch die allgemeine Militärpflicht. Man hat gesagt, der Schulmeister habe unsere Schlachten gewonnen. Meine Herren, das bloße Wissen erhebt den Menschen noch nicht auf den Standpunkt, wo er bereit ist das Leben einzulegen für eine Idee, für Pflichterfüllung, für Ehre oder Vaterland; dazu gehört die ganze Erziehung des Menschen. Nicht der Schulmeister, sondern der Erzieher, der Stand hat unsere Schlachten gewonnen, welcher jetzt bald sechzig Jahrgänge der Nation erzogen hat zu körperlicher Nützlichkeit und geistiger Frische, zu Ordnung und Pünktlichkeit, zu Treue und Gehorsam, zu Vaterlandsliebe und Mannhaftigkeit. Meine Herren, Sie können die Armee, und zwar in ihrer vollen Stärke, schon im Innern nicht entbehren für die Erziehung der Nation. — Und wie nun nach außen? Vielleicht, daß eine spätere glücklichere Generation, für welche wir im Voraus die Lasten mittragen, hoffen darf, aus dem Zustande des bewaffneten Friedens herauszugelangen, welcher nun schon so lange auf Europa lastet. Uns, glaube ich, blüht die Aussicht nicht. Ein großes weltgeschichtliches Ereigniß, wie die Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches, vollzieht sich kaum in einer kurzen Spanne Zeit. Was wir in einem halben Jahre mit den Waffen errungen haben, das mögen wir ein halbes Jahrhundert mit den Waffen schützen, damit es uns nicht wieder entrisen wird. Darüber, meine Herren, dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben: wir haben seit unseren glücklichen Kriegen an Achtung überall, an Liebe nirgends gewonnen. Nach allen Seiten stoßen wir auf das Mißtrauen, daß Deutschland, nachdem es mächtig geworden, in Zukunft ein unbehaglicher Nachbar sein könnte. Nun, meine Herren, es ist nicht gut, den Teufel an die Wand zu malen, und aus Mißtrauen und Besorgniß, selbst unbegründet, können wirkliche Gefahren hervorgehen.

So finden noch heute in Belgien französische Sympathien, Deutsche sehr wenig; man hat dort noch nicht erkannt, daß der Belgischen Neutralität nur ein Nachbar gefährlich werden kann, und daß sie nur einen wirksamen Beschützer hat.

In Holland hat man angefangen die Inundationslinie wieder herzustellen und neu zu befestigen, gegen wen? Ich weiß es nicht. In Deutschland, glaube ich, ist noch kein Mensch auf den Gedanken verfallen, Holland zu annektiren. Es ist wahr, wir haben diese Linie zu Anfang des Jahrhunderts einmal erobert, aber nicht für uns, sondern für Holland. In einer kleinen vielgelesenen Brochüre, geschrieben um die Engländer auf das Mißliche ihres Mißsystems aufmerksam zu machen, werden die Folgen einer Landung in England geschildert, nicht aus Frankreich, nicht von der gegenüberliegenden Küste, sondern aus Deutschland. In Dänemark glaubt man die Küstenflotte vermehren und die Landungspunkte auf Seeland befestigen zu sollen, weil man eine Deutsche Landung befürchtet. Bald sollen wir die Aufräucher Ostpreußen erobern, bald die Deutsche Bevölkerung Oesterreichs zu uns herüberziehen.

Und nun, meine Herren, gestalten Sie mir, mich in Kürze noch nach unserm interessantesten Nachbar umzusehen. Frankreich ist ja in die Nothwendigkeit versetzt worden, seine ganze militärische Einrichtung umzubilden. Während unsere Heere in Frankreich standen, haben wir nahezu die ganze französische Armee bei uns gehabt, haben sie aufgenommen, untergebracht, ernährt, zum Theil bekleidet, und haben dann diese Armee ungeschädigt beim Frieden an Frankreich herausgegeben, wo sie den tüchtigen Kern für alle Neuformationen bildet. Man hat nun in Frankreich alle unsere militärischen Einrichtungen getreulich kopirt, natürlich ohne das Original zu nennen unter französischem Namen als ursprünglich französische Ideen, Kinder der großen Revolution, welche nur die Deutschen etwas früher adoptirt haben, als wir selbst. Man hat vor Allem die allgemeine Wehrpflicht eingeführt, und hat dabei eine zwanzigjährige Verpflichtung zu Grunde gelegt, während wir nur eine zwölfjährige haben; man hat ferner dem Gesetze rückwirkende Kraft gegeben, so daß viele Franzosen, welche längst ihre Jahre abgedient haben, plötzlich wieder militärpflichtig geworden sind. Die französische Regierung ist schon heute berechtigt, für die active Armee 1,200,000 und für die Territorialarmee ebenfalls über eine Million Männer zu

den Waffen zu berufen. Um diese auch nur theilweise einstellen zu können; denn, meine Herren, es kommt nicht bloß auf die Zahl der Wehrpflichtigen an, sondern auch auf die Cadres, in welche sie eingestellt werden sollen — ich sage, es war notwendig, um diese Massen einreichen zu können, die Cadres zu vermehren. Nachdem Deutschland seine Reichslande wieder an sich genommen, haben wir mit Ausnahme einiger wenigen Spezialwaffen nur die bestehende Last auf mehr Schultern übertragen. In Frankreich, welches doch 1½ Millionen Einwohner armer geworden ist, sind seitdem sehr erhebliche Formationen ausgeführt. Die Zahl der bis zum Kriege bestehenden Infanterie-Regimenter in Frankreich betrug 116, gegenwärtig 152, es sind also hinzugezogen 36 Infanterie-Regimenter, außerdem 9 Jäger-Bataillone. Es sind seit dem Frieden formirt 14 neue Kavallerie-Regimenter, die Zahl der Batterien betrug bis zum Kriege 164, sie beträgt jetzt 323, es sind hinzugezogen 159 Batterien. Diese Augmentationen sind noch nicht geschlossen, die Friedenspräsenz ist in Frankreich noch nie so stark gewesen wie gegenwärtig, sie ist seit 1871 um 40,000 Köpfe gewachsen. Die budgetmäßige Durchschnittsziffer der Stärke beträgt pro 1874 471,170 Mann und 99,310 Pferde. Statt der 8 Armee-Corps, mit welchen die Franzosen uns zu Anfang des Krieges entgegenzogen, stellt Frankreich künftig 18 ein neugebildetes für Algier nicht mitgerechnet. Das Militärbudget — ich nenne die Zahlen in Thalern übertragen zur leichteren Vergleichung mit unsern Ziffern — ist seit 1871 um über 25 Millionen gewachsen: es beträgt im Ordinarium für die Landarmee 125 Millionen Thaler, im Extraordinarium 46 Millionen, zusammen 171 Millionen Thaler. Meine Herren! Die französische Nationalversammlung hat ohne Rücksicht auf die Staatsfinanzen und ohne Unterschied der Parteien bereitwillig ein jedes Opfer gebracht, welches für die Wiederherstellung und Erweiterung der französischen Heeresmacht gefordert wurde; sie ist sogar noch weiter gegangen; kriegerischer als der Kriegs-Minister hat sie für einen gewissen Zweck, die Heranziehung der seconde portion, in diesem Jahre 17 Millionen Francs der Militär-Commission geradezu aufgenötigt. Die französischen Kommunen sind in ihrem Patriotismus nicht zurückgeblieben, sie weihen Exerzierplätze, Baulichkeiten für Offizier-Kasinos an, sie errichten Kasernen u. s. w.

Dies Alles, meine Herren, giebt uns ein Bild von der Stimmung in Frankreich. Ich glaube nun zwar, daß die große Mehrheit der Franzosen, welche ohne Zweifel ihr Mißgeschick mit mehr Besonnenheit und Würde trägt, als man glauben sollte, wenn man nur die französischen Journale liest, — daß diese Mehrheit wohl durchgedrungen ist von der unbedingten Nothwendigkeit, zunächst den Frieden zu wahren. Ich sehe eine Bestätigung dafür auch in dem Umstand, daß eben ein einsichtsvoller Militär an der Spitze der französischen Regierung steht, aber, meine Herren, wir haben alle erlebt, wie die französischen Parteien, die ihren Ausdruck in Paris finden, Regierung und Volk zu den außerordentlichsten Beschlüssen hinreißen können. Was von jenseits der Vogesen zu uns herüberdringt, ist ein wüthendes Geschrei nach Rache für die selbsterhebene Niederlage.

Nun, meine Herren, wir sind unsern Nachbarn nicht gefolgt auf dem Wege, die Armee zu vergrößern, wir glauben, mit dem auskommen zu können, was in dieser Gesetzesvorlage enthalten ist. Aber, meine Herren, die innere Güte unserer Armee dürfen wir nicht schwächen lassen weder durch Abkürzung der Dienstzeit noch durch Herabsetzung des Präsenzstandes. Die erste Maßregel führt, wenn sie überhaupt einen finanziellen Effect haben soll, zur Miliz. Die durch Milizen geführten Kriege haben die Eigenthümlichkeit, daß sie sehr viel länger dauern, und schon aus diesem Grunde sehr viel größere Opfer an Geld und an Menschen kosten als alle übrigen Kriege. Ich erinnere Sie nur an den letzten amerikanischen Secessionskrieg, welcher von beiden Seiten wesentlich von Milizen geführt werden mußte. Bei dieser Gelegenheit kann ich mir aber doch nicht verkagen, Ihnen das Urtheil des Mannes über Milizen mitzutheilen, welcher eben den ersten Amerikanischen Freiheitskrieg zu führen hatte, das Urtheil Washingtons, Sie finden es in der vortrefflichen Geschichte der Amerikanischen Staaten von Herrn Bancroft. Zu keiner Zeit und an keinem Orte konnte eine Forderung unpopulärer sein als die, welche Washington immer wieder an den Congreß stellte, die Forderung, ein stehendes Heer zu errichten. Dies könnte befremdend erscheinen, aber Washington spricht sich folgendermaßen aus. Er sagt:

Die Erfahrung, welche die beste Leiterin für das Handeln ist, verwirft so völlig klar und entschieden das Vertrauen auf die Miliz, daß Niemand, der Ordnung, Regelmäßigkeit und Sparsamkeit schätzt und der seine eigene Ehre, seinen Charakter und seinen Seelenfrieden

liebt, diese an den Ausgang eines Unternehmens mit Mühen setzen wird.

Und etwas später schreibt er:

Kurze Dienstzeit und ein unbegründetes Vertrauen auf die Miliz sind die Ursachen alles unseres Mißgeschickes und des Anwachsens unserer Schuld.

Beendet wurde bekanntlich der Krieg durch das Auftreten eines kleinen Corps von nur 6000 Mann, aber wirklicher Soldaten.

Meine Herren! Frankreich hat es zweimal mit der Miliz versucht. Nach der Revolution war begreiflich das Erste, daß man die verhaßte Armee auflöste, die Nation selbst sollte die junge Freiheit schützen, der Patriotismus sollte die Disziplin, das Elan und die Massen sollten die kriegerische Bildung ersehen. Es schwebt immer noch ein gewisser Nimbus über die Volontäre von 1791, aber meine Herren, es giebt auch eine unparteiische Geschichte derselben, geschrieben von einem Franzosen nach den Akten des Französischen Kriegs-Ministeriums. Ich widerstehe der Versuchung, Ihnen sehr pikante Citate vorzuführen, ich müßte das ganze Buch citiren, auf jedem Blatte finden Sie, wie nutzlos, wie kostspielig und welche Geißel für das eigene Land diese Formationen gewesen sind. Erst nach dreijährigen bitteren Erfahrungen hat man sich überwunden, nicht mehr die Armee unter die Volontäre, sondern die Volontäre in die Armee einzustellen. Als dann ein Mann wie der erste Consul und andere ausgezeichnete Generale sich an die Spitze setzten, da haben freilich diese Volontäre ganz Europa siegreich durchzogen, aber, meine Herren, es waren aber Soldaten geworden.

Die citirte kleine Schrift, aus welcher so nützliche Erfahrungen geschöpft werden konnten, ist erschienen im März 1870, und 6 Monate später sehen wir Frankreich genau zu denselben Mitteln greifen, freilich in seiner äußersten Verdrängniß. Meine Herren, wir haben es alle erlebt und uns überzeugt, daß selbst die zahlreichste Versammlung von tüchtigen, praktischen und tapferen Männern noch nicht im Stande ist, einer wirklichen Armee zu widerstehen. Die Französischen Mobil- und Nationalgarde haben den Krieg um mehrere Monate verlängert, sie haben blutige Opfer gekostet, große Verwüstung und viel Elend verbreitet, aber sie haben den Gang des Krieges nicht wenden können, sie haben Frankreich beim Frieden keine besseren Bedingungen verschafft.

Hollends das Anwesen der Franc-tireurs hat unsere Operationen auch nicht einen Tag lang aufgehalten, wohl aber hat es selbst unserer Kriegsführung zuletzt einen Charakter der Härte verliehen, den wir beklagen, aber nicht ändern konnten. Die Prozesse, welche noch heute nach drei Jahren in Frankreich auftauchen, geben Ihnen ein Bild von der Verwilderung und der Greueln, welche unausbleiblich im Gefolge einer solchen Maßregel erscheinen. Meine Herren, wenn Sie die Nation bewaffnen, so bewaffnen Sie mit den guten Elementen zugleich die schlechten, und deren hat jede Nation. Die Ersteren sind ja unendlich überwiegend. Aber haben wir nicht bei uns selbst die Erfahrung mit unseren Bürgerwehren gemacht, wie bald der zuverlässige Theil derselben der Sache überdrüssig wird, in aller Stille verschwindet und den Unzuverlässigen das Feld freiläßt. Meine Herren, die Wehren sind bald ausgeht, aber nicht sobald wieder zurück zu bekommen; und glauben Sie, daß wir bei uns nicht auch Elemente herbergen, wie die, welche nach dem Kriege in Paris zur Herrschaft gelangt sind? Haben wir sie nicht, so wird man schon dafür sorgen, daß wir sie von außerhalb bekommen. Es mögen viel importirte Helden gewesen sein, welche in der Französischen Hauptstadt die Denkmäler des Französischen Ruhmes vernichtet haben. Gott verhüte, daß wir ihnen jemals die Waffen in die Hände geben!

Was Johann den Präsenzstand anbelangt, meine Herren, so möchte ich eindringlich davor warnen, ihn nicht zu einer Budgetfrage zu machen. Ich weiß ja, daß geehrte Mitglieder dieses Hauses glauben, gerade an diesem Punkte festhalten zu müssen, um das unbestreitbare, aber auch unbestrittene Recht der Steuerbewilligung den Landtagen zu wahren. Aber, meine Herren, erwägen Sie, ob Sie durch die Handhabung dieses Rechtes nicht das Recht schädigen, welches das Land hat, auf Ihre Mitwirkung zu rechnen in einer Frage, wo es sich um den Bestand des Reiches handelt. Mir scheint, es ist doch wünschenswerth, nicht wieder in ein neues Provisorium einzutreten, sondern endlich einmal definitiv festzustellen, was Deutschland für ein deutsches Heer zu leisten hat. Wenn Sie sich überzeugen können, daß wir mit Rücksicht auf innere und äußere Verhältnisse nicht weniger als 401,000 Mann im Frieden unterhalten dürfen, und wenn nach reiflicher Erwägung und Prüfung festgestellt wird, welcher Aufwand dafür nöthig ist, so verzichten Sie ja allerdings darauf, diese selbe Summe alljährlich zu discutiren, zu bewilligen oder abzulehnen; aber, meine Herren, Ihr Bewilligungsrecht ist dadurch nicht beeinträchtigt, es tritt in volle Geltung bei jeder Mehrforderung und bei jeder neuen gesetzlichen Regelung dieses Gegenstandes. Es muß die normale Ziffer des Friedensstandes notwendig auf eine lange Reihe von Jahren eine constante bleiben. Durch Schwankungen in dieser Ziffer tragen Sie eine Un-

sicherheit hinein in alle die vielen umfassenden Vorbereitungen, welche lange vorher und bis in das letzte Detail festgestellt sein müssen, wenn Sie mit ruhiger Zuversicht einem Angriff von Außen entgegensehen wollen. Erwägen Sie, daß jede Verminderung dieser Ziffer 12 Jahre lang nachwirkt, und daß keiner von uns übersehen kann, ob in 12 Jahren Krieg oder Frieden sein wird.

Nun, meine Herren,

es kann der beste nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt.

Aber ich denke, wir werden der Welt zeigen, daß wir eine mächtige Nation geworden und eine friedliebende geblieben sind, eine Nation, welche den Krieg nicht braucht, um Ruhm zu erwerben und die ihn nicht will, um Eroberungen zu machen. Ich wüßte auch wirklich nicht, was wir mit einem eroberten Stück Rußland oder Frankreich machen sollten. Ich hoffe, wir werden eine Reihe von Jahren nicht nur Frieden halten, sondern auch Frieden gebieten; vielleicht überzeugt sich dann die Welt, daß ein mächtiges Deutschland in Mitte von Europa die größte Bürgschaft ist für den Frieden von Europa.

Aber, meine Herren, um Frieden zu gebieten, muß man zum Kriege gerüstet sein und ich meine, wie stehen vor der Entscheidung, entweder zu sagen, daß bei den politischen Verhältnissen Europas wir eines starken und kriegsbereiten Heeres bedürfen — oder aber zu bewilligen, was dafür nöthig ist.

** Landtagsverhandlungen.

12. Sitzung des Herrenhauses vom 18. Februar 1874. Beginn der Sitzung 10 Uhr. Am Ministertisch Falk, Leonhardt, Camphausen.

Special-Commission des Gesekentwurfs betr. die Beurkundung des Personenstandes und die Form der Eheschließung.

§. 1, dessen unveränderte Annahme die Commission empfiehlt, lautet: „Die Beurkundung der Geburten, Heirathen und Sterbefälle erfolgt ausschließlich durch die vom Staate bestellten Standesbeamten, mittelst Eintragung in die dazu bestimmten Register.“

Nach einer langen und langweiligen Diskussion wird §. 1 in namentlicher Abstimmung in der Fassung der Vorlage mit 99 gegen 62 Stimmen angenommen.

Die §§. 2—5 enthalten Bestimmungen über die Standesbeamten und die Standesamtsbezirke. Die Commission hat die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses im Sinne der Selbstverwaltung abgeändert.

Bei der schließlichen Abstimmung wird zu §. 2 der Commissionsvorlage folgender vom Abg. Hagemann beantragter Zusatz beschlossen: „Auch können die Gemeinde-Behörden die Anstellung eines besonderen Standesbeamten beschließen. Derselbe wird in diesem Falle auf den Vorschlag des Gemeindevorstandes von dem Oberpräsidenten ernannt.“

Als neuer §. 3 ist beschlossen:

In Stadt- und Landgemeinden erlischt für Gemeinde- und Bezirksbeamte die Bestellung zum Standesbeamten zugleich mit dem Verluste des Gemeindeamtes. Auf Vorschlag des Kreisaußschusses oder, wo ein solcher nicht besteht, nach Anhörung der Gemeindebehörden darf im Falle eines besonderen Bedürfnisses das Amt eines Standesbeamten vom Oberpräsidenten stat. der in §§. 2 und 3 genannten Gemeinde- und Bezirksbeamten auch anderen Personen, jedoch nur mit deren Einwilligung, Geistlichen aber überhaupt nicht, übertragen werden.

(Das Gesperre ist vom Abg. v. Kleist-Mekow beantragt.)

§. 4 lautet nach den Beschlüssen des Hauses:

Gemeinde- und Bezirksbeamte sind berechtigt, für Wahrnehmung der Geschäfte des Standesbeamten von den zu dem Bezirke ihres Hauptamtes nicht gehörigen Gemeinden eine in allen Fällen als Pauschquantum festzusetzende Entschädigung zu beanspruchen.

Die Festsetzung erfolgt in den Stadtgemeinden durch die Gemeindevertretung, für die Landgemeinden durch den Kreisaußschuß und, wo ein solcher nicht, durch die Bezirksregierung (Landdrostei.)

Beschwerden über die Festsetzung unterliegen der Entscheidung des Verwaltungsgerichts, beziehungsweise bis zur Einrichtung eines solchen, des Oberpräsidenten. Diese Entscheidung ist entgültig.

Bestellt in Stadt- oder Landgemeinden der Oberpräsident andere Personen, als die in §§. 2 und 3 genannten Gemeinde- und Bezirksbeamten, so fällt die etwa zu gewährenden Entschädigung der Staatskasse zur Last.

Die sächlichen Kosten werden in allen Fällen von den Gemeinden getragen; die Register und Formulare zu allen Register-Auszügen werden jedoch den Gemeinden vom Staate kostenfrei geliefert.

Die den Standesbeamten zu gewährenden Entschädigung, beziehungsweise den Betrag der sächlichen Kosten sind auf die einzelnen beteiligten Gemeinden nach dem Maßstabe der Seelenzahl zu vertheilen.

§. 5 wird in der Fassung der Commission genehmigt. Um 3¼ Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag 11 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Debatte. Berliner Stadtbahn.

Anzeigen.

Ein Lehrling findet Stellung bei

Theodor Kloss & Co.

➔ Eine tüchtige Köchin, die Stubenarbeit versteht, wird zum 20. März gesucht Hohe Straße Nr. 1.

➔ Eine gute Aufwärterin kann sich melden Bäckerstraße Nr. 7/8, 1 Treppe hoch.

➔ Ein junges ordentliches Mädchen zum Aufwarten wird gesucht Breite Straße Nr. 20.

Ein Sohn ordentlicher Eltern, der auf seine Kosten die Schneiderprofession gut erlernen will, kann sofort ein treten bei
A. Kielich, Rippenstraße 8.

Eine Granatbroche ist gefunden worden und kann abgeholt werden Wasserstraße 24, oben.

Verloren! Ein Hundehalsband mit Marke. Abzugeben Polangenstraße Nr. 22.

➔ Libauerstraße Nr. 31. ist eine Wohnung von zwei Stuben zum 1. Mai miethesfrei.

Bäckerstr. 21 ein möbl. Zimmer z. verm.

Ein möblirtes Zimmer ist zu vermieten Bäckerstraße Nr. 5/6 bei J. Märker

➔ Die zum Alshof gehörigen Ländereien sind vom 1. April d. J. anderweitig zu vermieten. Näheres Alshof Nr. 1

Die gewölbten Lagerkeller des Hauses Schuhstraße 69 sind zu vermieten. Näheres Steinthor-Strasse 3.

Substitutions-Patent.

Der dem Rahnschiffer Karl Blaasch gehörige, zur Zeit im hiesigen Festungsgraben liegende Kahn Franz o. Nr. 79, der auf 232 Zhr. tarirt ist, und dessen Taxe und Inventar in unserem Bureau III. eingesehen werden können, soll am

28. März 1874, Vorm. 11 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle (Audienzzimmer Nr. 18) im Wege der nothwendigen Substitution versteigert werden.

Der Termin in dem das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlages verkündet werden soll, wird auf den

30. März 1874, Vorm. 12 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle anberaumt.

Der Betrag der vom Vieter zu erlegenden Kaution ist auf 50 Zhr. festgesetzt.

Schiffsgläubiger und sonstige Gläubiger, welche ein Pfandrecht am Schiffe in Anspruch nehmen, werden zur Anmeldung ihrer Rechte bei dem unterzeichneten Substitutionsrichter bis zum Versteigerungstermine hierdurch aufgefordert.

Memel, den 17. Februar 1874.

Königl. Kreisgericht.

Der Substitutionsrichter. (gez.) Schwarz.

Memel, den 11. Februar 1874.

Ein Kapital von 1000 Zhr. aus dem Wiener'schen Stipendienfonds ist auf sichere Hypothek zu vergeben. Anträgen wird bis 1. April entgegen gesehen Der Magistrat.

Memel, den 19. Februar 1874.

Bekanntmachung.

Das Publikum fordern wir hierdurch auf, die am 6. d. M. fällig gewesene Communalsteuer-Rate binnen 8 Tagen an die Stadtkasse abzuführen, widrigenfalls die excecutive Beitreibung erfolgen muß. Der Magistrat.

Memel, den 21. Januar 1874.

Bewerbungen um die erledigte Schaffnerstelle im städtischen Frauenhospital werden bis 1. März cr. erbeten. Der Magistrat.

Memel, den 21. Januar 1874.

Die Stelle eines Taxators bei der städtischen Pfandanstalt, mit welcher ein Einkommen von 100 Zhr. jährlich verbunden ist, wird zum 1. Mai d. J. frei.

Wir erlauben Diejenigen, welche dies Amt zu übernehmen Willens sind, sich bis zum 1. April an uns einzureichen.

Der Magistrat.

Druck und Verlag von F. W. Siebert in Memel. Verantwortlicher Redacteur Dr. Müß in Memel.